

# Merseburger Kurier

Ercheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonntage und Feiertage — Verkaufspreis: In Merseburg: Monatspreis für Arbeiter 4,90 Mk., frei Haus 5.—; in den übrigen Orten 5,20 Mk. frei Haus, durch die Post bezogen halbjährlich 26,40 Mk. Einzelnummern 35 Pf.

Geschäftsstelle: Kleine Ritterstr. 3.

Neueste Nachrichten  
für Stadt und Kreis Merseburg

Anzeigenpreis: Für den Merseburger Anzeigerbogen 20 Pf., in der Nummer 80 Pf., für Chiffrierbogen u. Nachdrucke entsprechende Aufschlag, Honorar tritt ohne Verbindlichkeit. Entzug der Anzeigenannahme 10 Uhr vormittags.

Postfachkonto: Leipzig 3070.

— Fernspr. Nr. 324. —

Wie der nächstjährige „Amtsblatt für den Kreis Merseburg“ und „Amtsblatt der Stadt Merseburg“, der überlieferten „Am häuslichen Herd“ und der monatlich erscheinenden „Der Chronik von Merseburg“

Nr. 259

Montag den 15. November 1920

47. Jahrg.

## Der Zusammenbruch der Beamtenpolitik.

(Von einem Parlamentarier.)

Die Aufgabe der Beamtenpolitik droht zu einer Katastrophe zu führen. In einer Denkschrift des Deutschen Beamtenbundes an die Reichsregierung werden erschreckende Tatsachen für die gegenwärtige Lage unter dem Scheitern des Reiches dargestellt. Schon vor dem Siege nach der Beamtenpolitik nicht auszuweichen. Obwohl damals das Reich und die Länder sich gegen heute in noch so glänzenden finanziellen Verhältnissen befanden, nur unter dem alten System nie Geld zur Verbesserung der Beamtenverhältnisse vorhanden. Als während des Krieges die Beamten immer höher stiegen, suchte man mit Zulagen aller Art auszuweichen. Sie waren der häufigsten Besetzung gegenüber nur ein Tropfen auf einem heißen Stein. Und weil die Weisheit immer nur der Augenblicksnot weichen sollte, hörte das hässliche Mißverhältnis zwischen Verdienst und lebensnotwendigen Ausgaben nicht auf. Es kam zu einer stetigen Verschärfung der Beamtenpolitik. Die Welt der Klagen über zunehmende Verschärfung kamt in Zusammenhang gebracht werden müssen, weil hier nicht unterläßt werden. Dieser ist aber, daß die Not in den letzten Monaten immer höher gestiegen und zu einer wachsenden Verelendung der Beamtenpolitik geführt hat. Es kann nicht Wunder nehmen, daß unter diesen traurigen Verhältnissen eine allgemeine Mobilisierung am sich griff, die von gewissen linksradikalen Parteien ausgenutzt wurde und die allgemeine Unzufriedenheit der Beamten bis zur Eichebegeisterung. Die Erziehung mit Einstellung der Arbeit, einem Generalstreik der Beamten konnte immer häufiger auf.

Demgegenüber verhielten sich die maßgebenden Führer der großen Beamtenverbände in unangenehmster Verantwortungspflicht, der unangenehmen Bewegung fernzuhalten. Sie konnten sich fast ausschließlich dem Stand der hinter ihnen stehenden Massen nicht entschließen, waren aber nicht gewillt, die durch das Staats- und das Beamtenrecht gezogenen Grenzen zu überschreiten. Inermüßlich waren sie tätig, um von den vorgelegten Behörden und von den Parlamenten neue Aufbesserungen für die Beamtenpolitik zu erhalten und in neuen Beamtenverordnungen eine Grundlage für eine Geländebildung der Beamtenpolitik zu schaffen. Wie können sie es dabei helfen, wenn sich jeder denken der die Situation des Reiches und der Arbeiter kennt. Gestrigster Tage ist im Reichstagsauschuß das Reichsrecht festgestellt worden, daß das Reich für seine Beamten und Hilfsbeamten mehr als 10 Milliarden, einschließlich der Arbeiter in den Reichsbetrieben sogar 15,1 Milliarden Mark im Jahre ausgibt. Wenn die neue Verordnungsgebung angenommen sein wird, so werden sich die Ausgaben für Beamte und Angestellte des Reiches sogar auf 18 Milliarden Mark belaufen. Im Haushaltsauschuß der preussischen Landesparlamentarier hat der Finanzminister ähnlich erschreckend hohe Zahlen genannt und erklärt, daß er bei aller Anerkennung der traurigen Lage der Beamtenpolitik seinen Weg zu durchgreifender Hilfe sieht.

Man haben zu Anfang dieses Monats Verhörungen zwischen Vertretern des Deutschen Beamtenbundes und der Reichsregierung zwischen Deutschen Gewerkschaften, sowie dem Reichsfinanzminister stattgefunden. Der Finanzminister erklärte dabei, daß die allgemeine traurige Finanzlage es immer schwieriger, wenn nicht unmöglich erscheinen lasse, durchgreifend zu helfen. Er selbst ist jedenfalls nicht in der Lage, allein über eine solche Hilfsaktion zu entscheiden, dafür seien vielmehr die Reichsregierung und der Reichstag aufzufassen. Die Beamtenvertreter gehen zu, daß schwer zu helfen sei, schlagen aber vor, daß wenigstens die Zentrumspolitiker und die Arbeitergruppen erhöht werden, und daß dabei die minderbesoldeten Gruppen höhere Zuschläge erhalten sollten als die besserbesoldeten. In Verfolg dieser Verordnungen fand eine internationale Versammlung der Parteien statt, in welcher unter Vorsitz des demokratischen Abgeordneten Dr. Haas der demokratische Reichstagsabgeordnete Schmidt in kurzen Zügen ein erschütterndes Bild von dem Zusammenbruch der Beamtenpolitik darstellte, daß und bei allen Parteien die Überzeugung wachend, daß der Beamtenpolitik schnell geholfen werden müsse. Der Reichsfinanzminister selbst konnte sich ebenfalls der Erkenntnis der Notlage der Beamtenpolitik nicht verwehren, erklärte jedoch, daß er angesichts der traurigen Finanzlage des Reiches irgendwelche Zusätze nicht machen könne; er wolle aber die Angelegenheit dem Reichstagen, sowie der dem Reichstagen beratenden Kommission der Reichsregierung vorlegen. Außerdem ist, soweit wir wissen, diese Aktion noch nicht zu Ende geführt. Man muß aber annehmen, daß jetzt alsbald eine Verlage der Reichsregierung kommt, welche bringen die Wünsche der Beamtenvertreter nach Möglichkeit Rechnung trägt und die der Zustimmung der Parteien in den Parlamenten des Reiches und der Länder über ist.

Von den Führern der Beamtenpolitik wird mit Recht empfunden, das Ergebnis der Verhörungen des Reichsfinanzministers abzuwarten. Die selben Gerüchte der letzten Zeit, daß der Deutsche Beamtenbund der Regierung ein Ultimatum gestellt habe und mit einem Generalstreik für den 15. November drohe, ist in dieser Form nicht richtig. Wahre ist nur, daß in den bis in die letzten Tage fortgesetzten Verhörungen zwischen Beamtenvertretern und dem Reichsfinanzminister auf der Befriedigung Ausdruck gegeben wurde ist, daß die entsprechende Aufgabe der Beamten hinsichtlich zu dem vorgeschlagenen Mittel des Streiks führen könne, wenn jede Hilfe ausbleibe. In den Beamtenkreisen ist im allgemeinen keine Meinungsverschiedenheit darüber, daß das Streikrecht der Beamten nicht ausbleibe. Wenn aber Sympathie und Not immer weiter folgen, so ist es zwar nicht zu billigen, aber doch zu bedauern, wenn radikale Elemente innerhalb der Beamtenpolitik, nach diesen letzten Mittel greifen. Unter den Führern der Beamtenbewegung ist die Erkenntnis durchaus vorhanden, daß der Beamtenpolitik mit einer Verengung des täglich wachsenden Reichsbauteilnahme drohend und nachteilig nicht werden können werden kann.

## Die Wiedereröffnungen an Deutschland.

Paris, 15. Nov. (AP) Nach dem Bericht der Wiedereröffnungs-Kommission veröffentlicht folgende Mitteilung: Nach dem Bericht 6. Anfang 4 des Vereinfachten Friedensvertrages hat Deutschland als leistungsfähige Leistung und Arbeitsleistung eine gewisse Anzahl von Arbeitern und Belgien geliefert. Diese Lieferungen sind jetzt nicht beendet. Einige von ihnen sind infolge von Belohnungen verzögert. Außerdem hat die Wiedereröffnungs-Kommission den Auftrag, zu prüfen, welche weiteren Möglichkeiten von Frankreich verlangt werden könnten. Zu diesem Zweck hat die Wiedereröffnungs-Kommission der Deutschen Delegation 14 gelten des Reiches angeordnet, das auf Grund der Bestimmungen des Vertrages von Deutschland verlangt wird. In Deutschland sind in der vorgeschriebenen Zeit keine Bemerkungen hierzu nicht mitgeteilt hat, hat die Wiedereröffnungs-Kommission nunmehr Deutschland eingeladen, geeignete Sachverständige nach Paris zu schicken, damit diese Angelegenheit bis spätestens 26. November geregelt wird.

## Neuer großer Wiederbau an Deutschland.

Berlin, 15. Nov. (AP) Nachdem man schon durch die erste Forderung auf Wiedereröffnungen unter neuen Arbeitsbedingungen nahezu verheert, handelt man jetzt nach der neuen Hilfsleistungsforderung das Verlangen nach 200 000 Wiederbau. Es werden sowohl Justiz als auch Gesundheitswesen verlangt. Berlin allein will 50 000 Wiederbau haben.

## Eine internationale Ausstellung in Paris.

Paris, 15. Nov. (AP) Das Ausstellungsamt beschäftigt eine internationale Ausstellung im Jahre 1930.

## Politische Mauerung der französischen Sozialisten.

Paris, 15. Nov. (AP) Der Führer der Sozialisten des Reiches, Renaudie, hat gestern in der Sitzung des Reichstages die dritte Internationale als notwendig erklärt.

## Schwere Zusammenstöße bei Papenort.

Bucharest, 15. Nov. (AP) Gestern vormittag wurde ein aus 600 Militärs bestehendes Demonstration in der Nähe der Universität von einer großen Gruppe von Studenten angegriffen. Es kam hierbei zu einer förmlichen Schlacht, in deren Verlauf 4 Personen getötet und 19 verwundet wurden.

## Die Abkündigung im Wiener Gebiet.

Wien, 15. Nov. (AP) Die italienischen Mächtigkeiten werden behaupten, daß die Abkündigung im Wiener Gebiet ein Verbrechen des internationalen Völkerrechts sei, das die Bevölkerung der zentralen Gebiete zu gefährden.

Man weiß dort, daß das Reich an Papiergeld den Wert und die Kaufkraft der Mark noch mehr niedriger. Wird heute wiederum mit hunderten von Millionen Mark von Papiergeld ausgegeben, so ist in kurzer Zeit das gleiche Geld wieder da. Nur eine Steigerung der Produktion und eine möglichst hohe Beteiligung der vorhandenen Arbeitskräfte an erscheinenden Preisen kann helfen. Bevor aber diese Umstellung unter Verantwortlichkeit, die schon alsbald nach dem allgemeinen Zusammenbruch hätte in Angriff genommen werden müssen, jetzt gegenüber der Beamtenpolitik erscheinend wirksam werden kann, verheert nach einer langen Zeit, so daß inzwischen abermals mit Papiergeld ausgegeben werden muß, wenn eine Katastrophe abgewandt werden soll. Die demotivierende Reichsbesetzung, die wiederholt und eingehend über die Beamtenpolitik gesprochen hat, konnte sich dieser Erkenntnis nicht verwehren. Sie hat deshalb ihre Bereitwilligkeit zur notwendigen Gehilfe ausgedrückt, aber gleichzeitig die Bedingungen daran gestellt, daß mit dem Abbau des übermäßig angewachsenen Beamtenvertrages endlich erst gemacht und daß auch der Arbeitswille der Beamten wieder gefördert werden muß.

Wichtigste Beratung über die preussische Staatsverwaltungsreform. Berlin, 15. Nov. Das preussische Staatsministerium hat nach der Meldung einer Nachrichtenstelle mit dem dringlichen Ersuchen an die Parteien der Landesparlamentarier, die Beratungen über die Verwaltungs- und Reformfragen mit größtmöglicher Eile zu beenden, um die notwendige Entscheidung über den gegenwärtigen Zustand der Umgestaltung für die Beamten zu ermöglichen.

## Die Beamtenbeschaffung in Preußen.

Der preussische Finanzminister sprach am Samstag in der gemeinsamen Sitzung des Senatsausschusses, des Ausschusses für Beamtenbeschaffung und des Ausschusses für Verrechnung der Landesparlamentarier über die Beschaffung und Beförderung der Landesbeamten, daß die Lage der Staatsbeamten wenig erhellend ist, heute ergriff er für das laufende Rechnungsjahr eine halbe Milliarde Einnahmen, der allerdings nur Milliarden unbedeckte Fehlbetrag gegenübersteht. Die neuen Forderungen der Beamten sind nicht mehr zu tragen. Die Ansprüche der Mitarbeiter können man leider nicht voll anerkennen, er ist aber bereit, auf einer mittleren Linie entgegenzukommen.

## Die Lage im Reich.

Reichsminister Zehrenbach und Minister Simons im Rheinlande.

Düsseldorf, 14. Nov. Am hierigen Apollo-Theater brachen heute vormittag vor Tausenden von hiesigen Büßern aller Parteien Reichsminister Zehrenbach und Reichsminister des Außen-

## Das vorläufige Wahlergebnis in Sachsen.

Dresden, 15. Nov. (AP) Nach den bis um 12 Uhr mittags bei der Staatsfeier verteilten Wahlergebnissen stellt sich das Gesamtergebnis in den drei Wahlkreisen wie folgt: 1. Wahlkreis Dresden: Zentrum 46 250, Sozialdemokraten 216 414, Demokratische 164 602, Zentrum 15 642, Unabhängige 61 224, Unabhängige 13 446, Deutsche Volkspartei 128 554, Kommunisten 12 229, Christliche Vereinigung 13 497, 2. Wahlkreis Leipzig: Zentrum 2 716, Unabhängige 148 722, Demokratische 118 933, Deutsche Volkspartei 110 969, Zentrum 55 593, Unabhängige 12 161, Sozialdemokraten 68 724, Kommunisten 24 004, 3. Wahlkreis Chemnitz-Zwickau: Zentrum 46 744, Demokratische 138 588, Deutsche Volkspartei 153 526, Zentrum 2 495, Sozialdemokraten 266 623, Kommunisten 78 389, Unabhängige 65 596 Stimmen.

Dresden, 15. Nov. (AP) Zu den nächsten Wahlergebnissen ist nach zu berichten, daß bis heute vormittag 11 Uhr folgende interessante Gegenüberstellung sich ergab: Die Anzahl der tatsächlichen Stimmen stellte sich auf 998 773; die der bürgerlichen Parteien auf 918 514. Die linksradikalen und die nichtbürgerlichen Parteien hatten sich also einander fast die Waage, so daß man nicht mehr von einem roten Sachsen sprechen kann. Die beiden bisherigen Reichsminister, die die Wahlkreise und die Demokraten hatten bis um 11 Uhr 710 330 Stimmen, die nicht dem Kabinett zuzurechnen sind, hatten 1276 646 Stimmen für sich aufzuweisen. Damit ist also das sachsischen Kabinett in seiner heutigen Zusammensetzung erledigt.

## Abkündigung in Oberhessen im Januar 1921.

Paris, 15. Nov. (AP) Wie aus unferrierte Quelle berichtet wird, hat der Reichsminister der Abkündigung in Oberhessen am 28. Januar 1921 festgesetzt. (Zamit bestätigt sich die Meldung von deutscher Seite, daß der Termin für das Reichstags im Januar nächsten Jahres sein wird.)

## Delacroix will nicht mehr Minister sein.

Brüssel, 15. Nov. (AP) Louis „Blanc“ Delacroix erklärte der parlamentarischen Kommission Delacroix, er werde lebenslang an dem neuen Kabinett teilnehmen.

## Frankreich und der Völkerverbund.

Paris, 15. Nov. (AP) Wie der Pariser Vertreter der „Babel Nachrichten“ erklärt, hat Frankreich seine Zustimmung zum Beitritt Österreichs und Ungarns in den Völkerverbund gegeben. Dagegen ist es nach wie vor gegen die Aufnahme Deutschlands. In dieser Hinsicht ist die Haltung Frankreichs dem französischen Völkerverbund, nicht gegen ihren Willen zu handeln.

Dr. Simons. Nach einer Ansprache des Oberbürgermeisters Dr. Köhnen ergriff Reichsminister Zehrenbach das Wort, indem er zunächst darauf hinwies, daß in seiner jüdischen Heimat und dem Niederlande der gleiche Geist der Erneuerung herrsche, niemals habe die Reichsregierung daran gewagt, daß hier im Rheinlande die deutsche Bevölkerung mehr. Der Zweck der Reichsregierung ist es, die deutsche Bevölkerung zu nähern und mit dem Auslande und seiner Bevölkerung zu nähern und mit der Reichsregierung mit den Rheinischen Vertretern haben für die weitere Beteiligung zu gewinnen. Der Reichsminister betonte jedoch das volle Verständnis der Reichsregierung für die Bedürfnisse der Arbeiterpolitik auf materiellem und ethischem Gebiet. Die deutsche Reichsregierung ist es, die die deutsche Bevölkerung in den deutschen Reichsministerien gefördert, es gelte, diesen in echter Arbeit auszubauen. Überlebens auf die Sozialistische Bewegung, betonte der Redner, er hoffe, daß gerade die jetzt amtierende Reichsregierung diese Dinge einer hervorragenden Lösung entgegenbringen werde.

An die Parteien erinnernd, wies der Redner in erster Linie auf die Erfüllung der Arbeitsverpflichtungen hin und bat die Arbeitgeber, die sich in dieser Sache in den Dienst des allgemeinen Vaterlandes vorbildlich einbringen hätten. Der Reichsminister betonte, daß mit der fortwährenden Erhöhung des Einkommens auch die Einheit fortwährend gelte. Unter Hinweis auf die Reichsregierung ergriff er zum Schluß: Unsere früheren Reine müssen einsehen, daß der allgemeine Deutschlands auch für die verhängnisvoll werden müßte, er glaube sich daran, daß auch unsere Reichsminister einmal einen Tag des Friedens und der Ehre in Deutschland ohne jede militärische Mission erleben müßten.

Simons ergriff der Reichsminister des Außen Dr. Simons das Wort, der ebenfalls auf die Fragen des Friedensvertrages und seiner Folgen hinwies. Selbst die Zustimmung auf die unangenehme Gesamtsituation von fünf Warten für die Zone und den Bereich in Höhe der Differenz zwischen Ausland- und Heimatverdienst für die Lebensmittel, die der deutschen Bevölkerung und insbesondere den Bergarbeitern zur Verfügung stehen sollten, ist zu nicht geworden. Von gemeinsamer Seite wurde behauptet, die Schwierigkeiten in der deutschen Industrie betrafen nicht in dem Mangel an Rohstoffen, sondern in dem Mangel an Kapital. Zu Wirtschaft ist aber auch bei, wo ein solcher Mangel an Kapital vorhanden ist, die Ursache ganz wesentlich in der ungenügenden Verteilung der Kapitalien und der damit verbundenen ungenügenden wirtschaftlichen Ausnutzung der Reichweite zu liegen. Weiter wies er darauf hin, daß auf die Diskussion ein doppelter Grund, ein wirtschaftlicher und ein ethischer Grund, vorliegen müßte, der in der Angelegenheit des Friedensvertrages zu erfüllen und ob diese auch erfüllbar seien, indem in der brennenden Dringung mit dem Einverständnis in die bisher abgeleitete Schritte.

Der Reichsminister kam dann auf die beschwerlichen Verhandlungen von Brüssel und Gené zu sprechen. Frankreich war gegen die Gené Konferenz und wollte die ganze Wiedereröffnungs-Angelegenheit über allgemeine Verhandlungen durch den Wiedereröffnungs-Kommissionen entscheiden lassen. Der Reichsminister ist in dieser Frage der Meinung geworden, daß es notwendig ist, die einzelnen Wiedereröffnungsprobleme ganz oberflächlich durch Zusammenhänge der jeweiligen beteiligten Mächte besprechen zu lassen. Jeder ist es hier zu nichts gekommen. Jetzt ist es zu nichts gekommen.











